



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

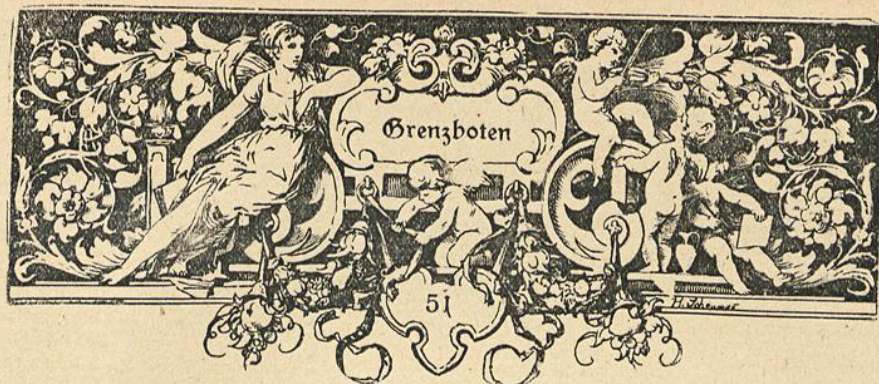
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hammann, Otto: Bismarcks Vermächtnis

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Bismarcks Vermächtnis

Von Otto Hammann

Wir entnehmen diesen Aufsatz mit Erlaubnis des Verfassers und Verlages dem in diesen Tagen erscheinenden Werk von Otto Hammann „Zur Vorgeschichte des Krieges. Erinnerungen aus den Jahren 1897—1906.“ (Verlag von Reimar Hobbing in Berlin. 1918).



anhem geschriebenen und gesprochenen Worte des Fürsten Bismarck ist das Unrecht widerfahren, daß es von der Zeit und den Umständen, in denen er es gebrauchte, losgelöst und als allgemein und fortdauernd gültige Wahrheit angelehrt wurde. Da seine ganze Politik den wechselnden Ereignissen und Bedürfnissen angepaßt war, so können auch seine Ansprüche nur aus den Zusammenhängen mit den Zwecken und Zielen, denen sie jeweilig dienen sollten, richtig begriffen werden. Wer den wahren Wert seiner staatsmännischen Kunst erkennen will, darf die Bedingtheit seiner Worte nicht übersehen, die in Fülle während einer fünfzigjährigen politischen Tätigkeit entstanden, oft genug scheinbare Widersprüche untereinander enthalten. Der bleibende Kern ruht in seinen Taten¹⁾

Was den großen Meister vor allem auszeichnete, war das klare Erkennen der geschichtlichen Gründe für das Mächteverhältnis in Europa, das feinste Empfinden für die nationalen Schwächen und Kräfte des deutschen Volkes, und der hellseherische Blick, vereint mit Kühnheit im Erfassen der Zukunft. In einfachen großen Linien mögen wir uns die Grundgedanken, die sein Werk erfüllen, etwa so vorstellen:

In den vorangegangenen Jahrhunderten hatten die beiden Flügelländer Europas, Rußland im Osten, England im Westen, ihre Macht allmählich immer weiter ausgebreitet, während sich die Grenzen im Zentrum, unter beständigen Kriegen ohne große Eroberungen, bald so bald so, in geringem Umfang verschoben. Wie die Allianzen unter den Herrschern und Kabinetten wechselten, so wechselten auch die Siege und die Niederlagen. Unter den blutigen Opfern der Völker und der Verwüstung der von den Kriegen heimgesuchten Gegenden blieben der Länderbesitz und die Mächteverhältnisse so ziemlich die alten. Als stärkste Macht unter den Rivalen in den innereuropäischen Kämpfen erwies sich Frankreich, weil es in sich national geschlossen war und einheitlich regiert wurde. Was es aber etwa an Landstreifen gewann, wurde reichlich aufgewogen durch die Stellungen, die es in anderen Erdteilen, Amerika und Asien, zugunsten Englands verlor. Ähnlich erging es der österreichischen Hausmacht. Nach den Erfolgen

¹⁾ „Alle äußere Politik ist eine außerordentlich komplexe Erscheinung: Wer nur Teile in der Hand hat und das geistige Band verschmätzt, kann ihrer niemals Herr werden.“ Hermann Oncken: „Das alte und das neue Mitteleuropa“; Gotha 1917, Vorwort XI.

ihrer Widerstandes gegen das Vordringen der Türken trat das im Zeitalter Peter des Großen und der Zarin Katharina erstarke Rußland als Erbe des „kranken Mannes“ in Konstantinopel für den Südoften Europas auf. Nach Westen vergrößerte es seinen Besitz durch Zertrümmerung des allmählich durch Mißwirtschaft und inneren Streit zerrütteten Wahlkönigreichs Polen. Dabei fielen kleinere Teile an Osterreich und an das während des Verfalls des alten deutschen Reichs aus eigener Kraft unter dem großen Kurfürsten, dem Soldatenkönig und seinem großen Sohn emporgekommene Preußen.

Aber Rußland blieb, abgeschlossen von den Hauptstraßen des Weltmeeres, immer noch Großmacht nur zu Lande. England dagegen hatte sich, inzwischen Beherrscherin der Meere geworden, an den Küsten aller Erdteile Stützpunkte geschaffen und große Kolonien erworben und trat so in allen Erdteilen als Weltmacht auf. Als solche konnte sich England erst recht frei nach innen und außen festigen und entwickeln, nachdem sein grimmiger Gegner, Napoleon, mit Hilfe der Zentralmächte und Rußlands niedergedrungen und von einem englischen Schiff als Gefangener nach St. Helena verbracht worden war.

Auf dem Wiener Kongreß wurde mit Errichtung des deutschen Bundestages als Zentrale der Glieder des ehemaligen Reiches die deutsche Frage, die Frage der Bildung eines Nationalstaates unter Verteilung des Volkes am Gestalt seiner eigenen Geschichte, in die Zukunft verschoben nicht gelöst. Gelöst werden konnte sie nicht vom großdeutschen Standpunkte aus, der den Nationalitätenstaat an der Donau gespalten hätte, sondern unter Führung der deutschen Macht, die innerlich am festesten gefügt und militärisch am stärksten war.

Als Herr von Bismarck-Schönhausen als preußischer Gesandter nach Frankfurt ging, empfand er noch österreichisch im Sinne der dualistischen Auffassung Osterreich-Preußen für die deutsche Frage. Dort sah er bald ein, daß die gegenseitige Anlehnung von Preußen und Osterreich ein „Fingertraum“ war, und daß der gordische Knoten der deutschen Zustände mit der passiven Planlosigkeit der preußischen Politik nicht in Liebe dualistisch gelöst, sondern nur militärisch durchhauen werden konnte, am leichtesten in Fühlung mit Rußland. Bei seinem Pariser Aufenthalte gewann er mit dem Scharfblick des Menschennenners in der Unterredung mit Napoleon dem Dritten den Eindruck, daß die er nicht das genie du mal, als welches er in der Welt galt, sondern ein von Verneinung ergriffener Schwächling war, der mit dem Gedanken, wenn nicht der Einverleibung des ganzen linksrheinischen Gebietes, so doch einer petite rectification des frontières und eines von Frankreich ganz abhängigen Italiens mit französischen Küstenpunkten spielte. Auf den „Zwischenzustand“, der bis zu dem in der Budgetkommission des preußischen Landtages gesprochenen Wort vom Blut und Eien (30. September 1862) dauerte, folgte alsbald die erste vorbereitende Tat, die vielgescholtene, aber für die notwendige Rückendeckung an Rußland glücklich fortwirkende Hilfe in dem Kampfe gegen die polnische Revolution.

Eine zweite, auf die Zukunft berechnete diplomatische Großtat war die dem König Wilhelm dem Ersten abgerungene Mäßigung im Nikolburger Frieden. Der Donaumonarchie wurde ohne Demütigung und Gebietsverkleinerung der Rang einer bündnisfähigen Großmacht erhalten, die berufen war, den Weg nach Konstantinopel für Mitteleuropa offen zu halten und die Teilung des Besitzes der Türkei zwischen Rußland und England zu verhindern.²⁾

²⁾ Fürst Bismarck hat sich über Fragen des nahen Orients je nach dem diplomatischen Zweck, der sich aus der jeweiligen Konstellation ergab, verschieden geäußert. Daß er wirklich nicht nur Osterreich-Ungarn im Sicht, sondern die Russen nach Bulgarien und Konstantinopel lassen wollte, wie Dr. A. Köster jüngst in der „Globe“ (4. Jahrg., Nr. 13) behauptete, stimmt gewiß nicht. Dem Russen sagte Fürst Bismarck: „Nach, was du willst, wir haben dort keine direkte Interessen.“ Dem Bundesgenossen an der Donau riet er, erst zu deployieren, wenn der Russe schon in Bulgarien stehe, weil man ihn dort in der Schere habe (Ende 1886). Als ihm von verschiedenen Blättern das Programm zugeschrieben wurde, das Vordringen Rußlands auf Konstantinopel zu unterstützen, erklärten die „Hamburger Nachrichten“

Für das Werk der nationalen Einigung, unter Ausschluß von Osterreich, war mit der Begründung des Norddeutschen Bundes die größere Hälfte getan. Seine Vollendung wurde zum Glück noch dadurch erleichtert, daß sich der Franzosenkaiser in seiner eiteln Rolle als festländischer Schiedsrichter dazu treiben ließ, als Kompensation für Sadowa die bayrische Rheinpfalz und Rheinhessen mit Mainz zu verlangen. Die Folge davon war der beschleunigte Abschluß von Verhandlungen über Verträge, durch die sich die deutschen Südstaaten verpflichteten, ihre Heeresmacht im Kriegsfall unter preußischen Oberbefehl zu stellen. Die beiden Flankenmächte Europas ließen es zu, England leichter und williger als das Rußland Gortschakows, daß von nun an die inneren Zustände Deutschlands nicht mehr zum Vorwand für fremde Einmischungen und Machigier dienen konnten.

Nach der blutigen Abrechnung mit dem friedlosen Nachbar im Westen war endlich das Schlußstück des deutschen Einigungswerkes im Saale von Versailles vollendet. Die französischen Rheingelüste aus dem Zeitalter der Ludwige hatten die große Revolution und des großen Napoleons Aufstieg und Sturz überlebt, sie traten während des zweiten Kaiserreichs wieder offen zutage und verschwanden auch nach 1870 nur wohlbehütet unter die Oberfläche, um zu gegebener Zeit von neuem emporzuschicken. Der starke Sinn des Franzosen für Prestige war durch Sedan viel empfindlicher gereizt worden als durch Waterloo oder Sadowa. Deshalb hätte die vom Westen drohende Gefahr für das neue Reich vielleicht auch ohne den Wiedererwerb Elsaß-Lothringens fortgedauert, zu dem sich Bismarck weniger aus sentimentalischen historischen Gründen als wegen der notwendigen Sperrung der Einfallstore nach Süddeutschland verstand.³⁾ Jedenfalls konnte die Gefahr erst ausbrechen, wenn es Frankreich gelänge, Bundesgenossen zu einem neuen Krieg gegen Deutschland zu finden. Das zu verhindern, war die Hauptaufgabe der vorausschauenden Politik des Fürsten Bismarck in den beiden Jahrzehnten nach der Reichsgründung bis zu seinem Rücktritt.

Die Kultur wies das junge Reich nach Westen, die Geschichte nach Osten. Vom Westen kam die Gefahr am Rhein, die unter den freundlichen höflichen Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg die Fortdauer der Rückendeckung an Rußland empfahl. Aber Rußland war und blieb ein Erobererstaat mit abstoßenden asiatisch-barbarischen Regierungsmethoden. Zur Erhaltung und zum inneren Ausbau brauchte das von Bismarck geschaffene Werk den Frieden, Rußland dagegen den Krieg, weil ohne ihn die zarische Willkürherrschaft über eine Vielheit unter-

(17. Dezember 1892) in seinem Auftrage: „Der Fürst ist niemals der Ansicht gewesen, daß die Unterstützung der russischen Pläne Aufgabe der deutschen Diplomaten sein müsse, sondern er hat die Ansicht vertreten, daß es nicht Sache Deutschlands sei, Rußland an der Ausführung seiner Pläne zu hindern. Das ist ein großer Unterschied. Rußlands Vordringen zu hindern, fällt naturgemäß denjenigen Mächten zu, deren Interesse durch ein russisches Vordringen direkt verletzt werden würde“ — In einem Schreiben an den deutschen Kronprinzen (15. Juli 1880) rechtfertigte er die Entsendung von Offizieren und Beamten nach der Türkei mit den Worten: „Wenn in Rußland der Chauvinismus, Panlawismus und die antideutschen Elemente uns angreifen sollten, so wäre die Haltung und Wehrhaftigkeit der Türkei für uns nicht gleichgültig. Gefährlich könnte sie uns niemals werden, wohl aber können unter Umständen ihre Feinde auch unsere werden.“ (Hohenlohe II, S. 302.) — „Bismarck hat die immer näherkommende Gefahr mit dem klaren Zukunftsblick, der ihm eigen war, erkannt; er hat den russischen Eroberungsplänen offen und in geheim Hindernisse bereitet und dort, wo er sie scheinbar ermügte, wie in Konstantinopel und am Balkan, dies doch nur getan, um die Politik des Zaren mit der stärksten Gegnerschaft anderer Mächte zu belasten.“ (Johannes Haller, Die auswärtige Politik des Fürsten Bismarck, „Süddeutsche Monatshefte“ 1917, Januar, S. 423.)

³⁾ Aus der Reichstagsrede vom 3. März 1874: „Wir haben uns nicht geschmeichelt, daß es uns rasch gelingen würde, die Elsäßer glücklich zu machen, und wir haben auch darum nicht die Annexion betrieben; wir haben ein Bollwerk gebaut gegen die Irrruptionen, die seit zweihundert Jahren diese leidenschaftliche kriegerische Völkerschaft, deren alleiniger direkt ausgelegter Nachbar in Europa zu sein Deutschland das Unglück und die Unannehmlichkeit hat, unternimmt.“

jochter Völker nicht von Bestand sein konnte. Das Drei-Kaiser-Bündnis von 1872 half fürs erste über die Sorge hinweg, die Richtung der aggressiven Tendenzen des russischen Nachbarn von der Mitte Europas abzulenken und einen Bund zwischen ihm und dem alten Feind im Westen, wenn nicht zu verhindern, so doch wenigstens hinauszuschieben. Aber schon 1876 wurde Fürst Bismarck von dem russischen Kanzler Fürst Gortschakoff, der sich im Jahre vorher als Friedensretter aufzuspielen versucht hatte, vor die Frage gestellt, ob Deutschland im Falle eines Krieges mit Osterreich-Ungarn wegen der orientalischen Fragen neutral bleiben würde. Die Antwort lautete dahin, daß sich bei Gefährdung der Integrität Osterreich-Ungarns für Deutschland die Zwangslage ergäbe, für die Monarchie einzutreten, deren Lebensgefährliche Verwundung es nicht dulden könnte. Die Gegenfrage Bismarcks, ob Gortschakoff gegen Unterstützung im Orient auf einen Garantievertrag für den deutschen Besitzstand eingehen wolle, wurde rundweg abgelehnt.⁴⁾

Ubedienste konnten Rußland nicht für die Dauer an Deutschland fesseln. Bismarck war sich stets klar darüber, daß den russischen Despoten und ihrem panslawistischen Anhang der Wert der deutschen Freundschaft durch ein möglichst freundliches Verhältnis zu England fühlbar gemacht werden müßte. Umgekehrt lag freilich der Fall ganz ähnlich: Ein offenes Zerwürfniß mit Rußland hätte uns abhängig von England gemacht. Deshalb widerstand er jeder offenen oder versteckten englischen Versuchung, die russische Freundschaft der englischen zu opfern, und suchte eine vorzeitige Option für die eine oder die andere Seite zu vermeiden. Wie er voraussah, stieß der russische Koloz bei seinem Vorrücken im türkischen Kriege über den Balkan bis vor den „Eckstein der Erde“ auf den Einspruch der Weltmacht England,

Der Berliner Kongreß sah den Fürsten Bismarck auf der Höhe seiner diplomatischen Kunst. Aber trotz aller ehelichen Mäkerschaft verließ Fürst Gortschakoff den Kongreß mit ungestilltem Ehrgeiz. Bald darauf erscholl zum erstenmal aus der panslawistischen Presse der Ruf: „Konstantinopel muß in Berlin erobert werden“, der später in wenig veränderter Fassung aus dem Munde Skobelevs zum geflügelten Wort wurde. Fürst Bismarck hatte gesagt, im Reichstag am 5. Dezember 1876: „Niemand als die kaiserlich-russische Regierung selbst wäre imstande, in die erprobte hundertjährige Freundschaft zwischen ihr und der preußischen Regierung einen Riß zu machen“, und zu Gortschakoff in Berlin 1878 während des Kongresses: „Zwingen Sie mich nicht, zwischen Rußland und Osterreich-Ungarn zu wählen.“ Der Inhalt der Warnung wurde schon 1879 zur Tatsache. Die Umstände, unter denen sich Bismarck zum schleunigen Abschluß des Bündnisses mit Osterreich-Ungarn gedrängt sah, sind noch nicht in allen Einzelheiten aufgeklärt. Ganz klar wird man erst sehen, wenn veraltete Rücksichten fallen und die Akten des außerordentlichen Amtes den Geschichtschreibern zur vollständigen Einsicht geöffnet werden. Jedenfalls waren es nicht die wütenden Ausfälle der russischen Presse gegen Deutschland nach dem Einrücken Osterreich-Ungarns in das Limgebiet (Novibazar), auch nicht bloß der Drohbrief des Zaren Alexander des Zweiten an seinen kaiserlichen Oheim, sondern auch geheime, auf ein offensives Vorgehen gerichtete Besprechungen zwischen Petersburg und Paris, die im Hochsommer 1879 den Fürsten Bismarck bestimmten, während seiner Gasteiner Kur und in Wien zusammen mit dem Grafen Andrassy das Schutz- und Trutzbündnis mit Osterreich-Ungarn ins Werk zu setzen. Schon im Juni 1879 hatte Fürst Gortschakoff in Baden-Baden einem vom Herzog von Decazes empfohlenen Vertreter des Pariser „Soleil“ erklärt, er habe sich die Feindschaft Bismarcks zugezogen, weil er offen die Ansicht vertrete, daß Frankreich sich stark machen und wieder die ihm gebührende Stellung unter den europäischen Mächten einnehmen müsse.⁵⁾

⁴⁾ Vgl. L. Raschdau: „Der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag“ in dem „Grenzboten“ vom 12. April 1918, S. 27.

⁵⁾ Ein Jahr darauf erregte eine Wahlrede des früheren württembergischen Staatsministers Fhrn. v. Barmbüler großes Aufsehen. Darin hieß es nach Erwähnung der russischen Truppenanhäufung in Polen 1879: „Rußland hatte an Frankreich den Antrag

Wiel schwieriger gestaltete sich im zweiten Jahrzehnt nach der Reichsgründung die Aufgabe, die nunmehr verbündeten Mächte der Mitte vor einer Allianz der revanchebedürftigen Gallier im Westen mit den eroberungslüchtigen Slaven im Osten zu bewahren. Der cauchemar des coalitions wurde bis zum Ende der Amtszeit des Fürsten Bismarck immer drückender. Zunächst gelang es noch einmal mit Hilfe der guten dynastischen Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg Rußland zur Mitte herüberzuziehen. Im Frühjahr 1880 erhielt der Botschafter Saburoff vom Zaren Alexander dem Zweiten, der mit seinem Drohbrief nach eigenem Geständnis eine Dummheit begangen hatte, den Auftrag, in Besprechungen mit dem deutschen Reichskanzler über Fragen des nahen Orients einzutreten. Fürst Bismarck verlangte den Beitritt Osterreich-Ungarns und brachte nach langem Widerstreben des Wiener Kabinetts jenes geheime dreiseitige Neutralitätsabkommen, zunächst auf drei Jahre, zustande, das er selbst fünfzehn Jahre später, nachdem es längst abgelaufen war, vor der Welt enthüllte, und das heute noch im Meinungsstreit von Politikern und Gelehrten fortlebt. Dieser sogenannte Rückversicherungsvertrag wurde 1884 auf weitere drei Jahre erneuert, 1887 aber nur von Rußland und Deutschland fortgesetzt, bis er fast zu gleicher Zeit mit dem Rücktritt Bismarcks von seinen Ämtern erlosch. Mit dem Ausscheiden des Dritten im Bunde war der Draht nach Rußland dünner und brüchiger geworden.

Wirksamer als dieses Mittel zum Schutze gegen einen Krieg mit zwei Fronten erwies sich die Aufnahme Italiens in das mitteleuropäische Bündnis. Der Plankrieg, den die mit Frankreich nach der Besetzung Ägyptens übermorsene Weltmacht England wegen ihrer Mittelmeerinteressen dem Dreibunde gewährte, erleichterte es Bismarck, für die überschüssige Kraft des Reiches vorsichtig und behutsam koloniale Erwerbungen in der Südsee und in Afrika zu machen. Aber immer noch saß ihm das russische Hemd näher als der englische Rock. Als für Rußland nach seinem Vorstoß gegen Merw ein erster Konflikt drohte leistete er ihm den Dienst durch Druck auf die Pforte, daß die Dardanellen gegen Kriegsschiffe verschlossen blieben.⁶⁾

Erst in den letzten Jahren der Amtszeit des Fürsten Bismarck, als das Drängen der Franzosen zu einem Bündnis mit Rußland immer offener zu Tage trat und die Saat des Hasses und der Verachtung in den russischen Oberschichten üppiger aufging, mehren sich die Anzeichen für eine Hinneigung zu engerer Freundschaft mit England. Es war die Zeit des Boulangerismus in Frankreich, des Beginns der riesigen französischen Geldopfer für Rußland, der ersten russischen Waffenbestellungen in Frankreich. Man veralliche die beiden Reden des Fürsten zur Begründung der Vorlage vom Herbst 1886 wegen Erhöhung der Friedenspräsenz des Heeres. Die erste, in der Reichstagskommission am 11. Januar 1887 gehalten, lehnt noch die Annahme ab, daß Rußland nach Bündnissen suchte und wir einer Koalition von Frankreich und Rußland gegenüberzutreten haben würden, nennt die Freundschaft mit Rußland noch heute über jeden Zweifel erhaben und sieht die größte Gefahr darin, daß der seit drei Jahrhunderten zwischen Deutschland und Frankreich schwebende Prozeß noch nicht beendet sei und daß unter dem Druck energischer Minoritäten, die in schweren Momenten immer die Ent-

gestellt, ein Offensivbündnis mit Rußland abzuschließen und sogleich zu verwirklichen, weil Deutschland das österreichisch-ungarische Vorgehen in Bosnien zugegeben habe. Waddington (damals französischer Minister des Auseren) hat diesen Antrag an Bismarck nach Gastein geschickt. Deshalb unterbrach Bismarck seine Kur und reiste nach Wien. Der Mann, der das Bismarck mitgeteilt hat, ist von Gambetta gehürtzt worden.“ Diese Erzählung wurde von Waddington in allen Punkten dementiert. Der Friedrichsrüher Hausarzt Dr. Cohen bemerkte jedoch in seinem Tagebuche unter dem 13. September 1880 folgende Äußerung des Fürsten Bismarck: „Barnülers Enthüllungen seien durchaus wahr. — Als Bismarck von den Schritten Rußlands in Paris sichere Kenntnis hatte, ging er sofort nach Wien und schloß ab. — Man muß nur nicht glauben, daß solche Eröffnungen direkt an das auswärtige Amt gingen. So etwas würde im Salon, am Kamin durch nichtoffizielle Leute besorgt, die zuerst nur sondieren.“ (Erinnerungen an Bismarck, S. 312.)

⁶⁾ L. Raschdau, a. a. D.

schließungen bewirkt hätten und heute von dem feu sacré der Revanche ergriffen wären, ein neuer, diesmal ein letzter, weil mit einem saigner à blanc endigender Waffengang drohe. Italien und England werden nur der Vollständigkeit halber erwähnt, weil kein Grund vorliege, daß wir für beide Regierungen und sie für uns gegenseitig nicht das größte Wohlwollen haben sollten. Die zweite, die von allen Bismarckreden berühmteste, vom 6. Februar 1888, ist auf einen anderen Ton gestimmt. Da kommt die Klage über unsere geographische Lage, daß Gott uns die kriegerischste und unruhigste Nation, die Franzosen, an die eine Seite gesetzt und auf der anderen, der russischen, kriegerische Neigungen hat groß werden lassen. Da wird zum ersten Male von dem mit furor teutonicus geführten Volkskriege gegen zwei Fronten gesprochen, und da sprudeln nach historischen Erinnerungen die martigen Worte hervor: „Um Liebe werben wir nicht mehr, weder in Frankreich noch in Rußland. Wir drängen uns nicht auf. Wir haben versucht, das alte vertraute Verhältnis (zu Rußland) wieder zu gewinnen, aber wir laufen niemand nach!“ Italien und England kommen nur noch in ein paar historischen Betrachtungen vor.

Zwischen der ersten und der zweiten Rede liegt die Verlängerung des Vertrags mit Italien, zu dem nach dem Besuche Crispis in Friedrichsruh noch eine Militärkonvention hinzukam, liegt auch der Brief Bismarcks an Salisbury vom 22. November 1887. In ihm wurde England zu einem Zusammenschluß mit dem Dreibund gegen Rußland eingeladen und auf die panslawistischen Untriebe und inneren Zustände des russischen Reichs hingewiesen, wo Reaktion und Revolution gleicherweise ihr Ziel durch Krieg zu erreichen suchten⁷⁾. Lord Salisbury gab eine ausweichende Antwort. Ebenso wie sich Bismarck so lange als möglich die freie Hand bewahren wollte, scheute Salisbury vor einer formellen Bindung zurück. Was er leisten wollte, war allenfalls moralischer Beistand für den Dreibund, den Bismarck mit der Abwehr wiederholter russisch-französischer Versuche, der englischen Okkupation in Ägypten Schwierigkeiten machen zu helfen, vergalt und zugleich befestigte⁸⁾.

Am letzten Ende kam es immer darauf an, die eigene Kraft des Reiches so sehr als möglich zu stärken. Mit der Vorbereitung einer neuen, vom Kriegsminister von Verdy und dem Nachfolger Moltkes, dem Grafen Waldersee, ausgearbeiteten Wehrvorlage schloß seine Minister- und Kanzlerzeit ab. Sie endete, wie sie achtundzwanzig Jahre vorher begonnen hatte: mit dem Schmieden militärischer Waffen zu Schutz und Trutz als Rückhalt für die Führung der auswärtigen Politik.

Das ist in groben Umrissen das Bild, das die Taten des großen Realisten uns liefern. Wir sehen ihn groß in der Konzeption seiner Ziele, ebenso groß im Wechsel der geeigneten Mittel und Wege. In der ersten Hälfte seines politischen Lebens tritt mehr die Kühnheit der Gedanken und Entschlüsse, in der zweiten mehr das kluge Maßhalten und die stets wache Umsicht hervor. Mag sein, daß die Zeichnung banal ist und keinen neuen Zug enthält. Das Einfache sieht immer banal aus, und das Ganze im Wirken gottbegnadeter Persönlichkeiten ist nicht

⁷⁾ Siehe meine Schrift: „Der neue Kurs“, Berlin 1918, S. 55, 195. Den Wortlaut des Briefes findet der Leser am Ende des Buches.

⁸⁾ Noch im Oktober 1889, ein halbes Jahr vor dem Rücktritt und dreiviertel Jahr vor dem Ablauf des Rückversicherungsvertrags, machte Bismarck zu der damals schwebenden Frage der Annexion von Witu den Randvermerk auf ein Aktenstück des Auswärtigen Amtes, man müsse erst prüfen, ob England nicht ältere Rechte dort hätte, das Verbleiben Lord Salisburys auf seinem Posten sei ihm wichtiger als ganz Witu. Als sich Caprivi im Februar 1891 hierauf gegen den Vorwurf berief, Fürst Bismarck würde nicht auf Witu verzichtet haben, suchten die „Hamburger Nachrichten“ das Zitat mit der Bemerkung abzuschwächen, das Marginal in den verirraulichen Akten hätte nur den Zweck haben können, die arbeitenden Kräfte in Berlin zu orientieren, nicht aber ein politisches Programm für die Zukunft aufzustellen. Gleichwohl läßt doch gerade der vertrauliche Charakter der Friedrichsruher Direktive für den inneren Dienst darauf schließen, daß in ihr eine natürlich nur für die damalige Zeit geltende esoterische Ansicht Bismarcks ausgesprochen war.

immer bekannt, auch wenn es alle Einzelheiten sind. Wie mir scheint, hat erst beim Herannahen und während des Weltkriegs die historische Forschung mit gesteigertem Hang zu „Problemstellungen“ und „Zielsetzungen“ die Grundlinien der politischen Machtverschiebungen in Europa seit 1850 und damit auch der Staatskunst Bismarcks (charakteristisch herauszuarbeiten g. s. h. 9).

So hat also Bismarck anfangs mit der Zerrissenheit der eigenen Nation und den Stammesfehlern im deutschen Vaterland, später aber nach vollendetem Neubau des Reichs mit dem Verhängnis gerungen, das Hünke in die Worte faßt: Unsere geographische Lage ist unser historisch-politisches Schicksal. Deshalb blieb seine Politik bis zum Schluß immer nur europäisch orientiert¹⁰⁾, und trotz der rücksichtslosen Anwendung von Blut und Eisen war sie niemals Prestige- oder Machtpolitik, sondern immer nur sah er die Größe Deutschlands in innerer Stärke. Macht reizt zu Gewalt und Widergewalt, Stärke trägt die Bürgschaft der Zukunft in sich selbst. Macht ist immer gefährlich, Stärke, in der Verbindung von militärischer Tüchtigkeit mit geistigen und moralischen Kräften, niemals.

* * *

Bei einem Vergleich des Bismarck im Ruhestande mit dem in Macht und Würden, dem Reiche und seinem kaiserlichen Herrn dienenden Bismarck muß man zugunsten jenes davon ausgehen, daß er keine Taten mehr vollbringen konnte, sondern auf Worte angewiesen blieb. Ihm war der ständige Überblick über das geheime Getriebe der Diplomatie entzogen, und sein Rat wurde nicht eingeholt. Gleich blieb sich nur die Sorge um den Schutz seines Wertes vor inneren und äußeren Gefahren. Er war widerwillig und unter harten Kämpfen vom Felde seiner Taten gewichen, und aus seinen Worten sprach nicht nur Weisheit, sondern auch leidenschaftlicher Groll. So mußte wohl der gealterte, erbitterte die neuen Männer am Steuer befehlende Bismarck ein anderer sein als der im Vollbesitze seiner Macht und seines Einflusses auf die Geschichte des Reichs und Europas.

Von Persönlichem, mitunter allzu Persönlichem, abgesehen, hat er sich in seinen öffentlichen Reden, Tischgesprächen, Eingebungen in den ihm ganz ergebene Blättern während der acht Jahre vom Rücktritt bis zum Tode als Warner hauptsächlich in zwei Richtungen vernehmen lassen: Gegen die Sozialdemokratie und über unser Verhältnis zu Rußland.

Die große innere Krisis des Reichs, die schweren Kämpfe um die Frage, ob gegen die noch ganz vom Geiste des kommunistischen Manifestes von Marx

⁹⁾ Ich nenne aus dem Sammelwerk „Deutschland und der Weltkrieg“ die Beiträge: „Deutschland und das Weltstaatensystem“ von Otto Hünke; „Die Vorgeschichte des Krieges“ von Hermann Duden; „Kultur, Machtpolitik und Militarismus“ von Friedrich Meinecke. Ferner besonders Hermann Duden: „Das alte und das neue Mitteleuropa“, Gotha 1917; Kjellén: „Die politischen Probleme des Weltkriegs“, Leipzig 1915; Fr. Meinecke: „Probleme des Weltkrieges.“

¹⁰⁾ Auch die Erwerbung von Schutzgebieten stand unter dem Einfluß europäischer Gedanken. Als z. B. der Kammerherr Graf Behr-Bandelin die von Karl Peters Ende 1884 mit einer Anzahl ostafrikanischer Hauptlinge abgeschlossenen Verträge in der Reichskanzlei vorgelegt hatte, konnte der erbetene Schutzbrief für die Gesellschaft für deutsche Kolonisation nicht schnell genug ausgearbeitet und veröffentlicht werden (27. Februar 1885), weil sich der Fürst davon eine Vermehrung der Schwierigkeiten für das ankommende Kabinett Gladstone-Granville versprach. Unmittelbar darauf folgte das von Granville herausgeforderte Rededuell mit den beiden Hödurreden, das viel zum Sturze des Kabinetts Gladstone und zur Wiederkehr des Bismarckfreundes Salisbury ans Ruder (9. Juni 1885) beitrug. — Bezeichnend ist auch, daß die „Gedanken und Erinnerungen“ kein Kapitel über die Kolonialpolitik enthalten, und Bismarcks getreuer Helfer bei Abfassung des Werkes, Lothar Bucher, war doch der Urheber davon, daß die Kolonisation in der deutschen Reichsverfassung unter den Zuständigkeiten des Reiches nicht unerwähnt geblieben ist.

und Engels beherrschte sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Umsturzgefahr ein neues Sozialistengesetz, sei es auch unter Verfassungsbruch, erlassen werden sollte oder nicht, habe ich schon in dem „Neuen Kurs“ ausführlich zu schildern versucht. Unter den äußeren Gründen für die Entlassung des Fürsten Bismarck aus seinen Ämtern hatte sein Widerstreben gegen die vom Kaiser gewünschte Ara verstärkten Arbeiterschutzes die Hauptrolle gespielt. Umgekehrt war der Sturz seines Nachfolgers, des Grafen Caprivi, durch dessen Weigerung veranlaßt, nach dem von einem Anarchisten an dem Präsidenten Carnot verübten Morde mit einem neuen Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterpartei vorzugehen. Fürst Bismarck hat diesen Umschwung mit Genugtuung begrüßt und bis zu seinem Lebensende alles getan, was in seinen Kräften stand, um die Minderheitsparteien zum Kampfe gegen den Umsturz anzufeuern. Nur wenige seiner persönlichen Anhänger unter den Parlamentariern und in der Presse folgten ihm hierin nicht und bewahrten sich ihr selbständiges Urteil.

Aus dem Todesjahre ist noch eine charakteristische Äußerung nachzutragen, die Fürst Bismarck bei einem Besuch von Verehrern aus Sachsen tat und kurz nach seinem Tode Professor Kämmler in Leipzig veröffentlichte. Der Fürst sagte: „Als Deichhauptmann mußte ich nach dem Sage verfahren: Wer nicht will mitweichen, der muß weichen. In Rom war aqua et igni interdictus, wer sich außerhalb der Rechtsordnung stellte, im Mittelalter nannte man das ächten. Man sollte die Sozialdemokratie ähnlich behandeln, ihr die politischen Rechte, das Wahlrecht nehmen. So weit würde ich gegangen sein. Man behandelt jetzt die Sozialdemokratie viel zu leichtsinnig . . . Der Kaiser war eingeschüchtert. Er sagte mir, er wolle nicht einmal Kartätschenprinz heißen und nicht gleich am Anfang seiner Regierung bis an die Knöchel im Blut waten. Ich sagte ihm: Ew. Majestät werden noch tiefer hinein müssen, wenn Sie jetzt zurückweichen.“ Das entsprach ganz dem Wort vom „blutigen Kataklysmus“, der, wie der Fürst kurz nach seiner Entlassung meinte, die Lösung der sozialistischen Wirren sein werde. Ein großer Irrtum! Wir haben es erlebt, daß die ganze Arbeiterschaft und ihre Führer, als die Stunde der Not des Vaterlandes kam, mitgedeicht haben.

In der auswärtigen Politik war das A und das O des Mahners im Sachsenwalde: Rückkehr zu Rußland. In seinen öffentlichen Ansprachen wie in seinen Eingebungen für die „Hamburger Nachrichten“ lehrte häufig die Klage wieder, daß die Rückendeckung bei Rußland leichtsinnig preisgegeben worden sei. Begründet war sie auf die Tatsache, daß sein Nachfolger das Neutralitätsabkommen, das von 1887 bis 1890 ohne den früheren dritten Teilnehmer, Oesterreich-Ungarn, fortgesetzt worden war, hatte verfallen lassen. Dabei befand sich Fürst Bismarck in dem Irrtum, daß das persönliche Vertrauen Alexanders des Dritten zu ihm, wovon nach seiner eigenen Meinung der Wert des ganzen Abkommens hauptsächlich abhing, in Wirklichkeit nicht vorhanden war. Die in Marwa (Sommer 1890) zu Kaiser Wilhelm und seinem neuen Kanzler gesprochenen Worte, in denen der ohnehin von Natur argwöhnische Zar sein tiefes Mißtrauen gegenüber dem alten Kanzler bekundete, sind erst lange nach dem Tode Bismarcks bekannt geworden.⁴¹⁾

Die Nachfolger schwiegen über das Bekenntnis des Zaren und beschränkten sich gegen den wiederholten Vorwurf, den Draht nach Rußland abgerissen zu

⁴¹⁾ Vgl. „Der neue Kurs“, S. 60 f. Dem, was ich dort über den Glauben Bismarcks an das Vertrauen des Zaren ausgeführt habe, wäre noch hinzuzufügen, daß dieser Glaube doch nicht so fest war. Zu dem Geh. Leg.-Rat v. Brauer, der im Herbst 1889 den Chef der Reichskanzlei in Friedrichsruh vertrat und den Fürsten zur Begegnung mit dem Zaren nach Berlin begleitete, sagte Bismarck unmittelbar nach der Audienz im Kgl. Schloß: „Der Zar hat wieder Vertrauen zu mir gewonnen, nachdem man so viele Anstrengungen gemacht hatte, mich bei ihm zu verdächtigen . . . Er ist überzeugt, daß ich die Wahrheit gesprochen habe . . . Es fragt sich nur, wie lange sein Glaube anhält, wenn er erst wieder in Petersburg in den Händen von Robjedonoszew und Konsorten ist.“ (Erinnerungen an Bismarck, S. 59.)

haben, auf die Versicherung, daß die guten dynastischen und amtlichen Beziehungen zwischen Petersburg und Berlin keinen Schaden gelitten hätten. In der Tat waren sie in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, besonders seit der Thronbesteigung des Zaren Nikolaus des Zweiten, viel freundlicher als im letzten Jahrzehnt der Amtszeit des Fürsten Bismarck. Was bedeuteten aber die notgedrungen schwachen Einwände Caprivis, Hohenlohes, Marschalls gegenüber dem vernichtenden Urteil eines Bismarck wegen der Nichterneuerung des russisch-deutschen Versicherungsvertrags! Wie bei einem großen Teil der Zeitgenossen, so setzte sich bei den meisten späteren Geschichtsschreibern die Ansicht fest, daß der Verzicht auf das Abkommen ein folgenschwerer Fehler gewesen sei. Erst während des Weltkrieges hat sich hierin ein Wandel angebahnt. Hermann Duden ist in seinem gleichzeitig mit meinen Erinnerungen über den neuen Kurs in den Druck gegebenen Werte: „Das alte und das neue Mitteleuropa“ in eine Nachprüfung des grimmigen Stempels eingetreten, den der große Kämpfer nach seiner Entlassung auf jenen Verzicht gedrückt hat, und dabei zu einem ganz ähnlichen Ergebnis wie ich gekommen.

Nun hat sich auch mein älterer Kollege aus dem Auswärtigen Amt, der Gesandte a. D. Wirkliche Geheime Rat L. Raschdau, in den „Grenzboten“ zu dem gleichen Thema vernehmen lassen. Wie kaum ein anderer ist er berufen, mehr Licht in das Dunkel der Geschichte des Rückversicherungsvertrags und seines Werts für Deutschland zu bringen. Er war seit 1886 Vortragender Rat im Auswärtigen Amt und seit seinem Übergang von der handelspolitischen in die politische Abteilung (1888) mit Behandlung der russischen Angelegenheiten betraut, er gehört zu den wenigen, die den Inhalt des deutsch-russischen Abkommens genau kennen und ist unter den fünf oder sechs Amtspersonen, die bei dem Entschlusse, auf die von Rußland gewünschte Verlängerung nicht einzugehen, mitgewirkt haben, der einzige Überlebende. Bei dem Besuche in Kariva (1890) befand er sich mit dem Kanzler von Caprivi im kaiserlichen Gefolge.

Wie aufrichtig Raschdau den Altkanzler verehrte, geht aus seinen Beiträgen zu den von Erich Marcks, A. v. Brauer u. a. herausgegebenen persönlichen „Erinnerungen an Bismarck“¹²⁾ hervor. In seinem Grenzboten-Artikel bestätigt Raschdau, daß der Zar, auf dessen Haltung Fürst Bismarck nach seinen öffentlichen Erklärungen fest vertraute, gerade in der letzten Vertragsperiode „bedenkliche Beweise von Unsicherheit“ zu erkennen gegeben hatte. Nach einer Schilderung, wie sich die deutsch-russischen Beziehungen in den Jahren 1881 bis 1890 tatsächlich entwickelt hatten, stellt Raschdau die Frage: „Kann ein Unbefangener, der sich diese Vorgänge (Erfaz des Nihilismus durch den Panlawismus, russisch-französische Verbrüderungsfeste seit 1887, russische Maßregeln gegen die Ausländer, besonders das Deutschum, deutscher Feldzug gegen die russischen Werte kurz vor dem Besuch des Zaren in Berlin, darauf folgende Veröfentlichung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisvertrages usw.) ins Gedächtnis zurückruft, wirklich die Meinung hegen, daß der Rückversicherungsvertrag einen günstigen Einfluß auf die gegenseitigen Beziehungen der beiden Großmächte geübt habe? Es läßt sich nur erwidern, daß ohne ihn die Lage vielleicht noch gespannter gewesen wäre.“

In meinen Erinnerungen hatte ich gesagt, daß sich nur ein Staatsmann von der Meisterschaft und den unvergleichlich reichen Wirkungsmöglichkeiten eines Bismarck zutrauen durfte, das Spiel mit den fünf Kugeln (Dreibund und Rückversicherungen mit Rußland und Rumänien) auszuführen, ohne daß die eine mit der anderen karambolierte und zu Boden fiel. Infolgedessen sei der Verzicht auf das russische Geheimabkommen eine Notwendigkeit gewesen, wenn Bismarck ging. Einige Kritiker wollten darin ein höchst blamables Zeugnis für die Unfähigkeit der deutschen Diplomaten der nachbismarckschen Zeit erblicken. Eine sonderbare Auslegung! Als ob Bismarck nur ein Diplomat von gutem Durchschnitt, nicht aber der alles überragende Staatsmann Europas im vorigen

¹²⁾ Stuttgart und Berlin 1915.

Jahrhundert gewesen wäre! Dagegen heißt es in dem Raschdauischen Aufsatz: „Nicht sowohl von der Existenz unseres Vertrages als vielmehr von der Staatskunst des Fürsten Bismarck hing es ab, daß die fortdauernd kühlen Beziehungen sich nicht weiter verschlechterten. Als dann mit seinem Ausscheiden das ungeheure Gewicht seines Namens entfiel, das keinem seiner Nachfolger, wer es auch sei, beiwohnen konnte, mußte die Frage in den Vordergrund treten, ob dem Vertrag die ursprünglich zuge dachte Bedeutung noch beizumessen sei und ob bei einer längeren Fortdauer nicht unser Verhältnis, in erster Linie zu Österreich-Ungarn, dann aber auch zu anderen Staaten, denen gegenüber wir in unseren Bewegungen durch das Abkommen eingeschränkt waren, darunter leiden müsse.“

Wie oft hat Fürst Bismarck während seiner Amtszeit über die brutale panrussische Erobererpolitik gestöhnt und sich dagegen aufgebäumt, der „Basall“ oder, wie sich der Abg. Jörg einmal ausdrückte, der „Kettenhund des Pan-slawismus“ zu sein! Noch im Jahre 1897 aber hegte er Zweifel an einem verbrieften Bunde zwischen Rußland und Frankreich. Nachdem endlich bei dem Besuche des Präsidenten Faure in Petersburg vom Zaren Nikolaus des Zweiten das in Paris sehnlich erwartete Wort Allianz ausgesprochen war, sagte er zu dem Herausgeber der „Zukunft“:¹³⁾ nations alliées könnte unter Umständen eine bloße Artigkeit, eine Unterstreichung des ebenso unverbindlichen Wortes nations amies gewesen sein, schwerlich würde auch der Inhalt eines Vertrags, wenn überhaupt einer existiere, den Franzosen gefallen, man überschätze heutzutage vielfach das Dekorative in der Politik. Woran er mit der Hartnäckigkeit des hohen Lebensalters im Gedenken längst vergangener Zeiten nicht glauben mochte, das war schon am 27. August 1891 durch einen Notenaustausch begonnen und 1892 durch eine Militärkonvention, 1894 weiter durch einen förmlichen Bündnisvertrag vervollständigt worden.

Unter dem Titel „Die deutsche Weltfrage“ schrieb Dostojewski in einem im Mai 1877 veröffentlichten Artikel:¹⁴⁾ „Und da kommt nun noch (zu der alten Gewöhnung der Deutschen an Zerpaltung, die nicht so schnell verschwinde wie ein ausge rankenes Glas Wasser) das Naturgesetz selber hinzu: Deutschland ist in Europa immerhin das Land, das in der Mitte liegt. Wie stark es auch sein mag — auf der einen Seite bleibt Frankreich, auf der anderen Rußland. Es ist ja wahr, die Russen sind vorläufig noch höflich. Wie aber, wenn sie plötzlich er raten, daß nicht sie das Bündnis mit Deutschland brauchen, wohl aber Deutschland das Bündnis mit Rußland, und überdies noch, daß die Abhängigkeit von dem Bündnis mit Rußland allem Anschein nach die verhängnisvolle Bestimmung Deutschlands ist und besonders seit dem deutsch-französischen Kriege (im Original gesperrt gedruckt). Das ist es ja, warum an die allzu große Ehrerbietung Rußlands selbst ein von seiner Kraft so überzeugter Mensch, wie Bismarck, nicht imstande ist zu glauben.“ Was der geniale, die deutsche Kultur liebende, aber von mystischem Glauben an die Herrlichkeit des russischen Gones beherrschte Dichter vom Erraten seiner Russen ahnte, traf bald genug ein, und gleichzeitig wuchs das Mißtrauen, von dem sich der deutsche Kraftmensch gegenüber der russischen Ehrerbietung leiten ließ. Aber nur auf die Dauer seiner Amtszeit. Der Bismarck im Ruhestande ließ in seinen vielen öffentlichen Äußerungen wenig mehr davon merken, und so wurde die unverbrüchliche Freundschaft mit Rußland in dem weiten Kreise seiner dankbaren Verehrer allmählich zum Dogma.

Im inneren Zusammenhang mit den Ermahnungen zum engen Anschluß an Rußland standen die Angriffe des entampten Kämpfers gegen den neuen Bolenturs in Preußen. Die Politik Caprivis nach innen war auf möglichste Zusammenfassung aller Kräfte, mit Einschluß der ehemaligen „Reichsfeinde“, eingestellt. Die Hauptbeschwerden der deutschen Katholiken waren schon von Bismarck durch den Abbau der preußischen Waigeseze gemildert worden, dagegen fand der

¹³⁾ Siehe „Zukunft“ vom 4. Sept. 1897.

¹⁴⁾ F. W. Dostojewski: „Politische Schriften“, 2. Auflage, München 1917, S. 76 f.

Nachfolger noch eine verschärfte Behandlung der polnischen Irredenta in Preußen, nicht bloß in Form von Schutzmaßregeln für die in Posen und Westpreußen immer mehr zurückgedrängte deutsche Besiedelung, sondern auch auf dem Gebiete der Kirche und Schule vor. Nach dem Tode des Erzbischofs Dinder wurde das Erzbistum Gnesen wieder mit einem Stodpolen in der Person des Prälaten von Stablewski besetzt, der als Abgeordneter in der Kulturkampfzeit einer der heftigsten Redner gewesen, nun aber zu einer versöhnlicheren Haltung bereit war. Der Kultusminister Graf Jędliński-Trückschler, vorher Oberpräsident der Provinz Posen, erließ alsbald nach seiner Ernennung eine Verfügung (vom 11. April 1891), die den Volksschullehrern die Erteilung von Privatunterricht im polnischen Lesen und Schreiben im Schulgebäude gestattete. Die Neuerung bestand nur darin, daß der polnische Privatunterricht im Lesen und Schreiben auch in öffentlichen Schulgebäuden abgehalten werden durfte. Trotzdem erregte sie damals scharfe Dattien, bei denen Anhänger des alten Kurses so taten, als ob die Vergabe von Schulhäusern zur Erleichterung des Privatunterrichts in den Elementen der Muttersprache u. s. w. der Verwirklichung großpolnischer Träume näher brächte.

Beide Maßregeln, die Wahl eines polnischen Erzbischofs und der Schulerlaß des Kultusministers, hatten zunächst den günstigen Erfolg, daß die polnische Fraktion im Reichstage ihren reinen Proteststandpunkt verließ und begann, an den Reichsangelegenheiten, namentlich den militärischen und maritimen, mitzuarbeiten. Das dauerte aber nicht lange. Gegen die sog. Hossparthei des Herrn v. Koscielski (spottweise Admiralski genannt) erhob sich das demokratisch gerichtete polnische Bürgertum in den Städten, zum Teil mit Unterstützung von Kanzel und Reichststuhl, und bei der hundertjährigen Wiederkehr des Tages der zweiten Teilung Polens (1895) erschienen in der polnischen Provinzpresse Artikel, in denen die Wiederaufrichtung des alten Polenreichs, womöglich von Meer zu Meer, d. h. von der Ostsee bis zum Pontus Euxinus, gefordert wurde. Auch fehlte es in den Ostmarken nicht an brutalen Ausschreitungen fanatisierten Volkes gegen preußische Beamte.

Fürst Bismarck hielt die Tendenz des von Caprivi begonnenen und vom Fürsten Hohenlohe fortgesetzten versöhnlicheren Polenurses von vornherein für verfehlt und schädlich: für verfehlt, weil sie doch ihr Ziel, die deutschen Polen zufriedener zu machen, als die geknechteten russischen waren, nicht erreichen würde, für schädlich, weil das zarische Rußland Anlaß hätte, daran zum Nachteil der alten freundschaftlichen Beziehungen Argernis zu nehmen. Schon im Juli 1892 ließ er in den „Hamburger Nachrichten“ schreiben: die Verschärfung der Gegensätze zwischen Berlin und Petersburg sei hauptsächlich durch die Politik erfolgt, die von preussischer Seite in den polnischen Fragen unter den Einflüssen des Zentrums ausgeführt werde, die Aussicht, daß wiederum Vorbereitungen zur Revolutionierung des russischen Polens getroffen würden, könnte unmöglich das Vertrauen zwischen den beiden Nachbarreichen fördern. Diese und ähnliche Äußerungen stimmten weder mit der Tatsache überein, daß sich schon in den letzten drei Jahren der Bismarckschen Kanzlerschaft die russisch-deutschen Gegensätze verschärft hatten, noch trafen sie den wahren Sinn der neuen Polenpolitik. Ebenso merkwürdig war die wiederholt¹⁵⁾ vom Fürsten Bismarck im Ruhestande ausgesprochene Auffassung, die Panflawisten seien nicht so gefährlich, die schlimmsten Kriegsbecker seien Polen, Juden, Nihilisten und Franzosen, besonders der Pole mit seiner höheren Bildung und seiner Meisterschaft im Verschwörerwesen mache die russische Presse gegen Deutschland mobil. Wichtig daran mochte sein, daß die polnischen Beamten und Journalisten eine bessere Kenntnis der inneren russischen Schwäche besaßen und hauptsächlich darauf ihre Zukunftshoffnungen stellten.

¹⁵⁾ B. W. zu Hans Blum, 30. Okt. 1892: „Es sind nur drei Elemente, die in Rußland zum Kriege heizen: die Presse, die Polen und die Juden. Die Presse nur insoweit, als sie vom Auslande, von Polen und Juden beeinflusst ist oder von Polen und Juden bedient wird.“

Während seiner Amtszeit hat Bismarck Stunden gehabt, in denen er sich für den Fall eines deutsch-russischen Zusammenstoßes mit dem Gedanken einer Los-trennung Kongreßpolens von Rußland beschäftigte. Das stärkste Zeugnis dafür liefert eine Stelle in den Hohenloheschen Denkwürdigkeiten (II, S. 343) aus dem Jahre 1883. Danach äußerte Fürst Bismarck: Ein Krieg mit Rußland, bei dem wir Osterreich unterstützen müßten, sei ein Unglück, denn wir könnten ja nichts gewinnen, nicht einmal die Kriegskosten bekommen. Bei günstigem Verlauf müßten wir Polen bis an die Düna und den Dnjepr herstellen. Wir würden zwar Polen nicht revolutionieren, aber Osterreich-Ungarn gewähren lassen, das dann einen Erzherzog zum König von Polen machen würde. Gegen das neue Königreich würde sich dann wieder ein Drei-Kaiser-Bündnis bilden. Im Oktober 1887 warf Bismarck zu seinem Friedrichsruher Gast Crispi die Bemerkung hin: Wenn man den Polen ein wenig hülfte, sich zu erheben, könnten sie ihr Joch abschütteln und unter einem österreichischen Erzherzoge einen selbständigen Staat bilden. Drei Jahre später, kurz nach seiner Entlassung, sagte er zu einem russischen Zeitungsmann: Bekäme Deutschland in einem Kriege mit Rußland die Oberhand, so müßte es die Polen nehmen, deren wir schon genug hätten. Gewiß, der erste und dritte Ausspruch richteten sich gegen das Unglück eines Krieges mit Rußland. Aber für den schlimmsten Fall hielt sich der Altmeister doch den Weg zu einer vollständig veränderten Behandlung der Polenfrage offen.

Hermann Duden, der sich in seiner erwähnten Schrift über das alte und das neue Mitteleuropa ausführlicher mit der Polenpolitik beschäftigt, beruft sich auch auf das Buch: „Bismarck. Zwölf Jahre deutscher Politik 1871 bis 1883“, erschienen in Leipzig 1884, in dem ein wunderbares Gespräch Bismarcks mit dem Grafen St. Vallier (von 1878 bis 1882 französischer Botschafter in Berlin) wiedergegeben ist. Die Unterredung sollte nichts Geringeres zum Gegenstand gehabt haben, als einen Freundschaftsbund zwischen den Großstaaten Mitteleuropas (Deutschland, Frankreich, Osterreich-Ungarn), der an Innigkeit alle Allianzen übertreffen, die Teilung der Türkei zwischen Rußland und England verhindern, dem gegenseitigen Zerfleischen von Deutschland und Frankreich ein Ende machen und durch seine weltpolitische Bedeutung den Streit um Elsaß-Lothringen zu einer Winzigkeit herabdrücken würde. Dabei sollte Fürst Bismarck auch die wegen der steten Gefahr am Rhein notwendige russische Rückenbedeckung beklagt haben, die dazu geführt hätte, daß die deutschen Mächte mit gebundenen Händen zusehen mußten, wie das Nachbarland Polen ruiniert wurde, und daß sich Preußen wie ein wachsender Hund vor die polnischen Tore Rußlands legte.

In der Annahme, daß diese Veröffentlichung amtlicher oder halbamtlicher Herkunft gewesen sei, folgt Duden dem 1892 anonym erschienenen Werke „Berlin-Wien-Rom“ von Julius von Eckardt. Dieser vortreffliche Schriftsteller von Welterschahrung, politischer Schulung und reichem Wissen war, aus seiner baltischen Heimat wegen seiner deutschen Gesinnung verdrängt, zuerst in Hamburg tätig und wurde dann unter Bismarck, der sich für ihn interessierte, in den auswärtigen Dienst übernommen. Unter Caprivi kam er von dem Konsulat in Marseille auf den Posten des Generalkonsuls in Stockholm. Sein Berlin-Wien-Rom wurde von dem Strudel, der bei der Wiener Reise des Fürsten Bismarck und durch die Veröffentlichung des Uriasbriefes entstand, verschlungen, ist aber heute noch lesenswert. Die Annahme jedoch, daß jene „Zwölf Jahre auswärtiger Politik“ unter amtlicher Billigung erschienen seien, unterliegt starkem Zweifel.

Die Schrift rührte von dem Journalisten Hermann Kobolsky her. Er war zu jener Zeit schon in reifen Jahren, ich kannte ihn oberflächlich und erinnere mich noch seiner heiter-gutmütigen Augen. Sein Brot verdiente er mit leicht geschriebenen Artikeln und Berichten, hauptsächlich aber mit der Herstellung von Büchern. Als Bücherfabrikant war er ein Proteus. Bald verbergte er sich unter drei Sternen, bald erschien er unter dem Namen Wiernann, bald

tauchte er als N. v. Nedern und ähnlichen unfaßbaren Gestalten auf. Aus den dicken Bänden der von Poschinger herausgegebenen Aktenstücke: „Preußen am Bundestag“ verfertigte er einen kleinen Poschinger, und für die zwei Bände: „Der deutsche Reichstag. Seine Parteien und seine Größen“ stand ihm eine reiche Sammlung von Zeitungsausschnitten zur Verfügung. Überhaupt war in seinen Büchern viel Scherensarbeit. Bei der Eile, mit der er sie herstellen mußte, fehlte ihm Zeit und Lust, um in der Angabe seiner Quellen genau zu sein. Auch hierin verschleierte er gern. Im Falle Bismarck-Ballier war es „ein dem Fürsten nahestehernder Parlamentarier“, der ihm das Gespräch mitgeteilt haben sollte. Sicherlich war Kobolstky stramm bismarckoffiziös, aber freiwillig und ohne Auftrag.

Die Äußerungen des Fürsten zu St. Ballier nehmen bei Kobolstky fast sieben Seiten ein. Ob Bismarck gegen das Gespräch nach seinem Erscheinen Widerspruch erheben ließ, konnte ich nicht ermitteln. Dagegen spricht, daß Kobolstky im Jahre 1889 in einem neuen, von ihm unter dem Namen N. von Unger herausgegebenen Buche: „Unterredungen mit Bismarck“ die Äußerungen zu dem französischen Botschafter wörtlich wieder abdrucken ließ. Nur die früher angegebene Quelle, der dem Fürsten Bismarck nahestehernde Parlamentarier, fehlte. Dafür war in der Vorrede gesagt, daß das Buch nichts bringe, was nicht in längst verwehten Zeitungsblättern, in Memoiren und Tagebüchern zerstreut zu finden sei. Auch jetzt erfolgte, soviel mir bekannt, kein amtlicher Widerspruch gegen die angebliche Unterredung mit St. Ballier.

Erst nach dem Erscheinen des Eckardt'schen Buches kam eine Verwahrung. Hugo Jacobi erklärte nach Rücksprache mit Friedrichsrub in der „Allgemeinen Zeitung“ das angebliche Gespräch für willkürlich erfunden und hob als unsinnig namentlich die Behauptung heraus, daß Bismarck das türkische Festland nur den Österreichern, Franzosen und Deutschen vorbehalten wissen wollte. Auch von der Möglichkeit eines russischen Raubzuges wollte man in Friedrichsrub damals nichts wissen und nannte sie eine Utopie, die durch demokratische und polnische Preßeinflüsse großgezogen werde.

Aber neben der schwachen Stelle über die europäische Türkei enthält die angebliche Unterredung mit St. Ballier sehr starke Sätze, die sich Kobolstky gewiß nicht erfunden hat und Fürst Bismarck sehr wohl in der Zeit der russischen Kriegsdrohungen 1879 zu einem so diskreten und verständigen französischen Vertreter, wie es der damalige Botschafter in Berlin war, gesprochen haben könnte. Bismarck hatte ja auch in Wien vom Kaiser Franz Joseph und Grafen Andrassy bestätigen hören, daß der Gortschakoff'sche Plan eines Bündnisses mit Frankreich an der Abneigung der Pariser Regierung bisher gescheitert sei. Neben einer packenden Schilderung des historischen Verlaufs der Kriege in der Mitte Europas darf man zu den starken Stellen in dem Bericht z. B. diese rechnen: „Wenn England und Rußland samt ihren Satrapen Gelegenheit fänden, sich in den Besitz der Türkei zu teilen — denn auf den Antagonismus der beiden Weltmächte die Hoffnung zu setzen, wäre wohl Wahnsinn — dann hätten die Siege oder Niederlagen der mitteleuropäischen Mächte allerdings den traurigsten Ausgang genommen, und ihr Schicksal wäre besiegelt.“

Also bei der Berufung auf die Kobolstky'sche Sammelschrift zum Beweise für gelegentliche polenfreundliche Umwandlungen Bismarcks im Kanzleramt bleibt ein non liquet. Der Bismarck im Ruhestande ist jedenfalls bei seinen Angriffen auf den neuen von den alten „Reichsfeinden“ Zentrum und Fortschritt unterstützten Polenkurs in Preußen fortwährend davon ausgegangen, daß dieser den deutsch-russischen Beziehungen abträglich sei. Darin ließ er sich auch durch den selbstherrlichen Dünkel nicht beirren, in dem das Zarenregiment die Vergewaltigung des Baltikums durchführte und periodisch den unterdrückten Kongreßpolen ein größeres Maß von Freiheit in Kirche und Verwaltung verhiß, ohne sich dort um deutsche Empfindlichkeiten und hier um etwaige Rückwirkungen auf die preußischen Ostmarken im mindesten zu kümmern.

Neben der Sorge um die Pflege der Freundschaft mit Rußland hat das Verhältnis zu England den Geist Bismarcks nach seinem Sturze nur wenig beschäftigt. Im Anfange fehlte es nicht an abfälligen Bemerkungen über englische, durch die Kaiserin Friedrich vermittelte Hofeinflüsse. Als aber in einer Londoner Korrespondenz der „Kreuzzeitung“ behauptet wurde, daß zur Zeit des Berliner Thronwechsels 1888 eine starke Verstimmung zwischen dem Londoner Kabinett und dem Berliner Auswärtigen Amt bestanden hätte, gingen die „Hamburger Nachrichten“ scharf dagegen ins Zeug. Sie nannten es eine dreiste Unwahrheit, daß nach dem Rücktritt Bismarcks eine Wandlung der deutsch-englischen Beziehungen erforderlich gewesen wäre, vielmehr wäre seit dem Amtsantritt Lord Salisbury stets ein von beiden Seiten diskret und erfolgreich gepflegtes Unternehmen vorhanden gewesen. Auch bei der Kritik des Helgolandvertrags hielt Bismarck an dem Grundsatz fest, daß das Bestreben, mit England auf gutem Fuß zu bleiben, billigenwert sei.

Auf zehn Bismarckartikel über Rußland kam ungefähr einer über England. Zum Teil erklärt sich das daraus, daß Bismarck, wie die „Hamburger Nachrichten“ bezeugten, an der Festigkeit der englischen Freundschaft, solange Lord Salisbury im Amte war, keinen Zweifel hegte. Das Vertrauen war hier ebenso wie beim Rückversicherungsvertrag ganz auf die maßgebende Person gestellt. Andere Klänge aus dem Sachsenwalde vernahm man erst zur Zeit des Krügertelegramms. Die Explosion, die die kaiserliche Glückwunschsdepesche an den Präsidenten der Burenrepublik verursachte, war dem Fürsten Bismarck überraschend. Sein Hamburger Organ wollte sich kaum eines Ereignisses aus neuerer Zeit erinnern, durch das die Unehrllichkeit der englischen Presse so festgenagelt worden wäre wie in dem zornigen Ausbruch gegen das Telegramm, in dem der Deutsche Kaiser doch, „genau betrachtet“, nur der sittlichen Entrüstung der englischen Regierung über den räuberischen Einbruch in Transvaal den Beistand seiner europäischen Autorität leistete. „Die russische Politik hat ja auch ihre Strebsamkeiten, aber ohne christliche Heuchelei und mit geschickterer Beachtung der äußeren Formen.“

Ende Januar 1896 kam dann noch ein langes Register von englischen Unfreundlichkeiten gegen Deutschland aus der Vergangenheit, von der Zeit des Siebenjährigen Krieges ab und seit dem Wiener Kongresse, hinzu. Das Hamburger Organ stimmte damit ganz, ohne die sonst gegenüber dem Kabinett Salisbury beobachtete Schonung, in den allgemeinen Chor der deutschen Presse wider England ein. Die schon vorhandene Anglophobie in der deutschen Öffentlichkeit nahm nun erst recht zu und unterstützte die alte Mahnung, nur in der Freundschaft mit Rußland das Heil gegen den Druck auf die Mitte zu suchen.

Der hellblickende Botschafter a. D. Graf Monts hat in einem seiner für das „Berliner Tageblatt“ geschriebenen Artikel¹⁰⁾ die Vermutung geäußert, Bismarck habe Rußland deshalb stets nur mit Samthandschuhen angefaßt, weil er hoffte, über kurz oder lang müsse der Zusammenbruch in sich selbst erfolgen. Dafür spricht vielleicht die Stelle des Briefes an Lord Salisbury vom 22. November 1887, wo Bismarck neben den panslawistischen Umtrieben die inneren revolutionären Zustände des russischen Reiches als gefährlich für den europäischen Frieden erwähnt. Auch das zu Bernhard von Bülow gesprochene Wort aus den Endjahren der Amtszeit des großen Kanzlers, von dem russischen Faß, in dem es ganz bedenklich gäre und rumore, konnte herangezogen werden. Aber das war noch der Bismarck in der Fülle seiner Macht, der grollende Kämpfer nach 1890 war ein anderer. Und das eben ist bei nüchterner Betrachtung seiner politischen Wirksamkeit im Ruhestande der hervorpringende Punkt, daß alle seine Erinnerungen und Ermahnungen viel mehr an den Erlebnissen der sechziger und siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts als an denen der letzten zehn Jahre seiner Amtszeit hafteten. Wie im Innern das Zentrum, das ihm während

¹⁰⁾ „Politische Aufsätze“ von Graf Monts; Berlin 1917, S. 31.

der achtziger Jahre die Schutzoll- und die Arbeiterversicherungspolitik durchbringen half, wieder wie in der Kulturkampfzeit zu den Reichsfeinden gerechnet wurde, so lebte im Äußeren das alte freundliche Verhältnis aus der Zeit des Zaren Alexanders des Zweiten wieder auf und traten die schlimmen Erfahrungen mit Rußland aus der Zeit nach dem Berliner Kongreß, sowie die Lehren des „vierzigjährigen Tableaus“ in der Rede vom 6. Februar 1888 fast ganz zurück. Zu den einseitigen autoritativen Aussprüchen des Altreichskanzlers über die Notwendigkeit der Anlehnung an Rußland fehlte das Gegengewicht.

So blieb bei Bismarcks Tode in der deutschen Öffentlichkeit der Eindruck zurück, daß sein teuerstes Vermächtnis an die Nation die Zarenfreundschaft sei, die seine Nachfolger vernachlässigt hätten, obgleich sie schon mit mäßigem diplomatischen Geschick zu erhalten gewesen wäre.

Dieses von der Masse der Anhänger des Altreichskanzlers treu gehütete Vermächtnis bildete das schwerste Hindernis für jeden Versuch, einen vertrauensvollen Ausgleich der Gegensätze der stärksten Festlandsmacht und der Weltmacht England herzustellen. Ein Beispiel möge zeigen, wie fest das Dogma von der unbedingten russischen Rückendeckung in den Köpfen saß. In der Rede zur Enthüllung des Nationaldenkmals für Bismarck in Berlin am 16. Juni 1901 sagte der inzwischen mit der Grafenwürde ausgezeichnete und als Nachfolger Hohenlohes zum Reichskanzler erwählte ehemalige Staatssekretär Bernhard v. Bülow: „In jeder Hinsicht stehen wir auf seinen Schultern. Nicht in dem Sinne, als ob es vaterländische Pflicht wäre, alles zu billigen, was er gesagt und getan hat. Nur Toren oder Fanatiker werden behaupten wollen, daß Fürst Bismarck niemals geirrt habe. Auch nicht in dem Sinne, als ob er Maximen aufgestellt hätte. . . . Starre Dogmen gibt es weder im politischen noch im wirtschaftlichen Leben, und gerade Fürst Bismarck hat von der Doktrin nicht viel gehalten.“ Gleich darauf war in den „Hamburger Nachrichten“ zu lesen: Das sei im allgemeinen schön und richtig, aber es gäbe Fundamentalsätze der Bismarckschen Politik, von denen niemals abgewichen werden dürfe, und ein solcher Fundamentalsatz sei: Rücken an Rücken mit Rußland, weil wir sonst unberechenbarsten Komplikationen ausgesetzt wären.

Die russische Fassade strahlte damals noch in vollem Glanze. Sie täuschte uns über die stürzenden Mauern und Balken dahinter. Nicht nur uns, die ganze westliche Welt, zum Glück auch England. Die Täuschung war erlaubt, bis sich 1905 der große Trümmerhaufen hinter der Fassade zeigte. Um die Jahrhundertwende aber taten einerseits das von Bismarck hinterlassene Dogma und Burenbegeisterung in der deutschen Öffentlichkeit, andererseits Handelsneid und Herrenbewußtsein in der englischen so gründlich ihre Wirkung, daß nur das eine und das andere Abkommen von Kabinett zu Kabinett noch möglich, aber ein Bündnis von Volk zu Volk kaum mehr durchzuführen war.



Auf neuen Wegen

Von Arthur A. Brandt



er Mangel an Rohstoffen, das Ausbleiben der Kohle, und der Raub unserer Transportmittel werden und müssen zur starken Arbeitslosigkeit führen. Verstärkt wird diese, da während des Krieges jeder Posten eigentlich zum zweiten Male besetzt worden ist. An Stelle des Mannes, der im Felde war, trat die Frau, das Mädchen oder der Erbsatz. Diese werden nur ungern und zum Teil das Feld dem Heimkehrenden räumen; schon deshalb nicht, weil bei der heutigen Teuerung auch dieser Verdienst in der Familie erwünscht, wenn nicht erforderlich ist.